

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Oktober 2014

Aufklärung des Überwachungsskandals - Merkel gefährdet ihren Platz in den Geschichtsbüchern

Seit 15 Monaten diskutieren wir über die völkerrechtswidrigen Überwachungspraktiken mehrerer Geheimdienste, darunter auch der deutsche BND. Nun wurde bekannt, dass offenbar auch direkt auf die Server deutscher Anbieter zugegriffen wurde. Die Sabotage der Aufklärungsbemühungen des Parlaments durch die Bundesregierung werden wir uns nicht gefallen lassen. Wir werden vor dem Bundesverfassungsgericht für unsere Rechte streiten.

Merkels Agieren macht Deutschland unglaublich

Dass auch der BND im Ausland ebenfalls nahezu schrankenlos

schreddert wurden, verweigert und Zeugen an Aussagen geweigert. Die Akrobatik der Argumentation, warum Edward Snowden nicht nach Deutschland kommen soll, wird immer grotesker.

Herrschaft des Rechts wieder herstellen!

Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst darf nicht beliebig agieren. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, für eine umfassende Gesetzesreform und eine verfassungrechtliche

Einhegung zu sorgen. Der einzelne Bürger ist angesichts übermächtiger Dienste nicht mehr in der Lage, den Schutz seiner Kommunikation selbst durchzusetzen. Daher ist es originäre staatliche Aufgabe, die Integrität informationstechnischer Systeme zu gewährleisten und den Schutz der wichtigsten Kommunikationsinfrastruktur unserer Zeit sicherzustellen. Ihre Verweigerungshaltung muss die Bundesregierung endlich aufgeben: Edward Snowden muss als Schlüsselzeuge vor dem Untersuchungsausschuss aussagen – wie es die Gesetze vorsehen.

Rechtsstaat verteidigen!

Das Geschenk der Freiheit, das wir alle genießen, steht derzeit zur

Disposition, infrage gestellt durch eine Praxis massenhafter und anlassloser Überwachung und einen Generalverdacht gegenüber unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern. Angela Merkel, die selbst in einem Überwachungsstaat groß geworden ist, muss der Erosion unseres Rechtsstaates endlich Einhalt gebieten. Tut sie dies nicht, gefährdet sie ihren Platz in den Geschichtsbüchern. Der Erosion der Menschenwürde und der Privatsphäre, der Grundlagen unseres Rechtsstaates, werden wir uns als Grüne auch weiterhin mit aller Entschiedenheit entgegenstellen – ob in den Parlamenten, auf der Straße oder demnächst erneut vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.



Dr. Konstantin von Notz,
Stellv. Fraktions-
vorsitzender und
Netzpolitischer Sprecher

von Notz

Wahlkreisbüro von Notz
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de



Grüner Block bei der Freiheit statt Angst Demo

überwacht und auch vor Nato-Partnern keinen Halt macht, hat die Glaubwürdigkeit der deutschen Kritik an der NSA massiv untergraben. Durch ihr bisheriges Agieren gefährdet die Kanzlerin nicht nur unsere Bürgerrechte, sondern auch ihre Reputation und außenpolitische Integrität. Die politische Verantwortung dafür, dass die Aufklärung stockt, trägt die Bundesregierung. Sie kommt ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus Art. 44 GG, dem Ausschuss Amtshilfe zu leisten, nicht nach. Stattdessen sabotiert sie die Arbeit des Parlaments, wo es nur geht: Akten werden zu spät oder bis zur Unkenntlichkeit geschwärzt übersandt, Auskünfte darüber, welche Akten wann ge-

Die fatale Politik der CSU

Alexander Dobrindt ist noch kein Jahr Verkehrsminister, aber man kann schon jetzt feststellen: Er wird dauerhaften Schaden anrichten. **von Valerie Wilms**

In Berlin erzählt man sich, Alexander Dobrindt wäre der Erfinder der CSU-Maut: Weil sich so viele Bayern ärgerten, dass sie in den Nachbarländern für die Straßen zahlen müssen, während die Nicht-Bayern die schönen Autobahnen für lau kaputt fahren dürfen, erfand er eine Maut ausschließlich für Ausländer. Jahrelang bestritt die CSU damit erfolgreich Wahlkämpfe. Irgendwann glaubten Dobrindt und Seehofer wahrscheinlich tatsächlich, dass sich die Schnaps-

idee nicht nur gut mit einer Maß Bier verträgt, sondern tatsächlich umgesetzt werden müsste. So wurde die CSU-Maut zur Bedingung eines Koalitionsvertrages erklärt. Jetzt ist Dobrindt Verkehrsminister und seine Maut nützt ihm noch immer. Denn während das ganze Land über seine Maut redet, richtet er mit Entscheidungen bereits an anderer Stelle dauerhaften Schaden an – weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit.

Kaum im Amt, machte sich der frisch gebackene Minister daran, die LKW-Maut zu senken. Er verschanzte sich dazu hinter einem Gutachten und schob Brüssel mit seinen Vorgaben den Schwarzen Peter zu. Das wurde von dort jedoch prompt zurück gewiesen – denn die Nationalstaaten haben durchaus Spielräume bei der Höhe der Mautsätze. Aber Alexander Dobrindt schob das beiseite. Als Folge zahlen die Hauptverursacher von Straßen- und Brückenschäden zukünftig weniger. Der Straßen-transport wird billiger und es wird noch unattraktiver, Güter mit der Bahn zu transportieren.

Als nächstes ignorierte Dobrindt den Koalitionsvertrag: Statt – wie mit der SPD vereinbart – die LKWs

zukünftig auf allen Bundesstraßen an den Kosten zu beteiligen, beschränkte er die Ausweitung auf nur etwa 1000 Kilometer zusätzlicher Straßen. Als er diese Entscheidung bekannt gab, versprach er, die Ausweitung auf alle Bundesstraßen solle 2018 kommen.

Schließlich musste Dobrindt entscheiden, ob der Bund den Maut-Betreiber Toll Collect übernimmt. Mit einer zeitweisen Verstaatlichung hätte er sofort damit beginnen können, ein neues Mautsystem aufzubauen. Spätestens 2018 hätte dann – wie versprochen – auf allen Straßen eine Maut erhoben werden können. Statt diese Möglichkeit zu nutzen, wurde die Entscheidung um drei Jahre aufgeschoben. Toll Collect darf jetzt mit dem alten System weiter machen. Mit Neuausschreibung und Probetrieb wird es damit vor 2020 wohl keine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen geben.

Mit ein paar eigenmächtigen Entscheidungen hat Alexander Dobrindt dafür gesorgt, dass der Allgemeinheit jährlich über zwei Milliarden Euro fehlen werden, um Brücken, Tunnel, Schienen und Straßen zu erhalten. An diesen Entscheidungen kann man studieren, was geschieht, wenn Politik von kurzfristigen Einzelinteressen bestimmt wird. Ganz sicher werden sich Spediteure und Logistikwirtschaft freuen, dass ihre Kosten sinken. Wer sollte ihnen das verdanken? Auch über die CSU-Maut wird sich mindestens ein Horst Seehofer freuen. Zwar wird sie im besten Fall nur mit vielen Bedingungen und Ausnahmen zu machen sein und

wenig bis nichts einbringen, aber wenigstens war diese lächerliche Idee dann für eine Machtdemonstration gut. Langfristig wird damit dauerhafter Schaden angerichtet: Die Mittel zum Erhalt unseres Verkehrsnetzes werden weiterhin fehlen und die Logistikwirtschaft wird merken, dass sie zwar kurzfristig bei der Maut spart, aber langfristig drauf zahlt, wenn Brücken gesperrt werden müssen. Auch der Klimaschutz nimmt Schaden. Ausgerechnet der klimaschädlichste Verkehrsträger wird politisch gewollt verbilligt. Es gibt noch weniger Anreiz, mehr Transporte auf die Schiene zu verlagern.

Offensichtlich will Alexander Dobrindt unverwechselbare Spuren hinterlassen. Sie werden zum Schaden unseres Landes sein.



Dr. Valerie Wilms
Obfrau im
Verkehrsausschuss und
Nachhaltigkeitsbeauftragte
Bündnis 90/Die Grünen



Bild: Torsten Bogdenand_pivello

Wahlkreisbüro
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

www.valerie-wilms.de



Waffenlieferung in den Irak

Sondersitzung des Bundestages zum Thema Waffenlieferungen in den Irak

Im Juni 2014 dringen Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ von Syrien kommend weit in den Irak ein und erobern innerhalb weniger Tage den Westen des Landes und Gebiete im Norden des Irak. Der rasante Vormarsch und die Brutalität der Kämpfer des IS führt der internationalen Gemeinschaft vor Augen, worunter die Menschen im Kontext zerfallender Staaten im Nahen Osten seit langem leiden. Spätestens mit der Ausrufung des Islamischen Kalifates ist klar, der IS will die aus dem Kolonialismus entstandenen Grenzen im Nahen Osten abschaffen, einen Gottesstaat errichten, der alle Muslime vereint und keinen Platz für Andersgläubige bietet. Mittlerweile halten sich über 1,5 Millionen Flüchtlinge im kurdischen Gebiet auf.

Sondersitzung im Bundestag

Anders als bei Einsätzen der Bundeswehr ist in dieser Frage kein Mandat des Bundestages nötig. Auch wenn es dabei nur um eine formale Abstimmung ging, haben wir Grüne auf eine Befassung der von der Bundesregierung geplanten Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak gedrängt, denn die Lieferung von Waffen an eine Gruppe, die sich akut in einem bewaffneten Kampf befindet, stellt ei-

nen massiven Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik dar.

Mehrheitliche Ablehnung von Waffenlieferungen

Die Grüne Bundestagsfraktion hat nach intensiven Diskussionen die geplanten Waffenlieferungen abgelehnt. Grund hierfür waren die vielen Fragen, die die Bundesregierung nicht beantworten konnte. So konnte sie nicht darlegen, welchen Verband der kurdischen Peschmerga sie mit Waffen unterstützen möchte, sodass fraglich ist, an wen genau Waffen geliefert werden sollen. Die vermeintliche Einheit der Peschmerga trägt. Besonders brüchig ist das Verhältnis zwischen den Führern der irakischen Kurden zu den Führern der türkisch-kurdischen PKK, welche ihre politischen Ziele in der Vergangenheit selbst mit Waffengewalt verfolgt haben. Auch lässt die von der Bundesregierung vorgelegte Liste an Waffen vermuten, hier handele es sich um den Ausverkauf der Restbestände der Bundeswehr. Hinzu kommt, dass nicht klar ist, welche Waffen aus anderen EU-Staaten in den Nordirak geliefert werden. Auch haben wir Grüne das Missverhältnis zwischen Waffenlieferungen (ca. 70 Mio. €) und humanitärer Hilfe (ca. 50 Mio. €) kritisiert.

Gesamtstrategie für den Irak notwendig

Die Bundesregierung sieht in den Waffenlieferungen ihre Schuldigkeit getan. Sie hat keinen kohärenten Plan, um den Endverbleib der Waffen zu überprüfen und keine Gesamtstrategie für die Region. Daher konnte die Grüne Bundestagsfraktion den Waffenlieferungen nicht zustimmen. Nach unserer Auffassung braucht es eine Gesamtstrategie, die sowohl den Irak als auch Syrien in den Blick nimmt. Es ist wichtig, auf die Länder in der Region einzuwirken, die Mitverantwortung für das Erstarken von IS tragen. Die türkische Regierung muss dabei unterstützen, die Nachschubwege und Rückzugsgebiete der islamistischen Kämpfer in Syrien und dem Irak zu schließen. Zentral ist es, sich für die Einbindung des Handelns der internationalen Akteure in ein VN-Mandat und eine Stärkung der VN-Mission im Irak einzusetzen und die Mittel für humanitäre Hilfen aufzustocken. Zur Entlastung der Nachbarländer Syriens und des Iraks muss an einer europäischen Strategie zur unbürokratischen und schnellen Aufnahme von Flüchtlingen gearbeitet werden.



Luise Amtsberg
Bündnis 90/Die Grünen

Eure

Büro Husum
Schückingstraße 8, 25813 Husum
Telefon 04841 39 33
westkueste@luise-amtsberg.de

Büro Kiel
Jungmannstr. 50, 24105 Kiel
Telefon 0431 557 82 62
luise.amtsberg.ma04@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-73053
Telefax 030 227-76051
luise.amtsberg@bundestag.de

www.luise-amtsberg.de